

zeitung gegen den krieg

Nr. 49 Herbst 2021

Drama in Kabul und wachsende Kriegsgefahr

Sabine Schiffer	Feindbild Russland	Seite 3
Sevim Dagdelen	deutsches Kriegsschiff vor China	Seite 3
Claudia Haydt	EU und Aufrüstung	Seite 5
Michael Müller / Uwe Hixsch	Frieden und Transformation	Seite 6
Reiner Braun	Alternative Friedenspolitik	Seite 7
Joachim Guilliard	Afghanistan-Bilanz	Seite 8



Reiner Braun · Michael Müller ·
Winfried Wolf

Der zwanzigjährige Krieg in Afghanistan hat eine ganze Region mit Millionen Menschen ins Unheil gestürzt und weltweit die Militarisierung der Konflikte und die Dynamik der Gewalt beschleunigt. Der Abzug der westlichen Militärs aus dem Land stellt eine schwere Niederlage für die USA, die Nato, die deutsche Regierung und die Bundeswehr dar. Vergleiche mit Vietnam 1975 drängen sich auf. Sie sind teilweise richtig, teilweise falsch. Auch in Vietnam erlitt der Westen eine schwere Niederlage. Es siegten jedoch fortschrittliche Kräfte. Im Fall Afghanistan ist die westliche Niederlage verbunden mit dem Sieg einer extrem frauenfeindlichen, reaktionären, gewalttätigen Gruppe.

Für uns ergeben sich drei Lehren aus dem zwanzigjährigen Afghanistan-Abenteuer.

Lehre 1: Das fatale Modell des Afghanistan-Einsatzes wird es auch in der Zukunft geben. Der westliche Krieg am Hindukusch folgte einem klassischen Muster imperialistischer Politik: Man nimmt einen kriminellen Anlass (9/11), besetzt die identifizierte, geopolitisch wichtige Region militärisch, installiert dort eine korrupte Marionettenregierung (Karzai-Ghani) und verfolgt so seine machtpolitischen und Rohstoff-Interessen. Das war vergleichbar in Vietnam Anfang der 1960er Jahre. Das war so im Irak 1990 und 2002. Bei all dem aktuellen Wehklagen über die „Katastrophe in Afghanistan“ hat der Westen dieser Politik mit keinem Wort abgeschworen. Im Gegenteil. In Mali proben Frankreich und Deutschland ein weiteres Modell imperialistischer Intervention. In Mozambique organisiert und finanziert die EU derzeit nach vergleichbarem Muster eine 1500 Mann starke „Schnelle Eingreiftruppe“.

Lehre 2: Noch im Rückzug aus Kabul orientiert die US-Regierung auf den großen Krieg. US-Präsident Joe Biden begründete den Truppenabzug aus Afghanistan laut

Frankfurter Allgemeine Zeitung (18.8.) wie folgt: Die USA müssten sich jetzt auf „die heutigen entscheidenden Bedrohungen konzentrieren“. Die „wahren Rivalen Amerikas“ seien „Russland und China“. Diese sähen es „nur zu gerne“, wenn Washington seine „Wachsamkeit und Mittel“ auf Afghanistan verschwenden würde. Klarer konnte die Orientierung auf einen großen Krieg kaum formuliert werden.

Lehre 3: Der Afghanistan-Krieg war gegen Russland und China gerichtet. Er war Teil einer Einkreisungspolitik. Beides wird nach dem Rückzug aus Kabul verstärkt fortgesetzt. Für die Pentagon-Strategen war der Einmarsch in Afghanistan ein zentraler Baustein ihrer Konfrontationspolitik gegen Russland und China. So wie sie bereits in den 1980er Jahren Saudi Arabien – die Ausgangsbasis von Osama bin Laden – und weitere reaktionäre Golfstaaten finanziert und die Vorläufer der Taliban mit modernen Waffen ausgerüstet hatten, damit diese die damalige sowjetische Armee aus Afghanistan vertreiben konnten. Der aktuelle Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan entspricht damit einer Frontbegrädigung. Dabei ist nicht einmal ausgemacht, ob aus den Taliban-Kämpfern in Kabul nicht am Ende ein westlich orientiertes Regime wird. Schließlich hatte die US-Regierung vor 9/11 mit den Taliban über den Bau einer Erdgaspipeline durch das Land verhandelt.

Die Orientierung auf einen großen Krieg läuft auf hohen Touren. Die Politik der Einkreisung Russlands und Chinas wurde in den letzten Jahren beschleunigt. Siehe die Manöver Defender 2021 und die Stationierung von rotierenden Nato-Verbänden in Osteuropa. Diese Politik findet seit einiger Zeit auf hoher See ihre Ergänzung: siehe die gesteigerte Präsenz westlicher Kriegsschiffe vor der chinesischen Küste. Der ehemalige US-Admiral James G. Stavridis schreibt offen und ohne Widerspruch aus Washington, dass ein Krieg gegen China vorbereitet wird und dass dabei

der Auslöser „Auseinandersetzungen um Taiwan und um verschiedene Inseln im Süd- und Ostchinesischen Meer“ sein könnten (siehe Artikel S. 4).

So wie der Afghanistan-Krieg ein Krieg des Westens und nicht allein ein US-Krieg war, so ist heute die Militarisierung der Welt *gemeinsame westliche Politik*. Das allgemeine Ziel, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben, ist der gemeinsame Nenner dieser Kriegsvorbereitungen. CDU/CSU, SPD, FDP und AfD unterstützen dieses Ziel. Die Grünen äußern formal Bedenken. Gleichzeitig treten sie für eine aggressive Politik gegenüber Russland und China ein.

In diesen Wochen wird mit Recht der zynische Umgang der deutschen Regierung mit den afghanischen Hilfskräften kritisiert. Gleichzeitig gibt es bei den politisch Verantwortlichen eine große Angst vor einer neuen Welle mit hunderttausenden afghanischen Flüchtlingen. Es entstehen neue Grenzzäune und neue Mauern, so in der Türkei, um Flüchtlinge abzuwehren. In Wirklichkeit gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Waffenexporten und militärischen Interventionen einerseits und dem wachsenden Heer von Flüchtlingen andererseits. Wer Kriege sät, wird Flüchtlinge ernten.

Vor diesem Hintergrund ist eine Friedenspolitik vor allem von zwei Elementen bestimmt:

Notwendig sind erstens ein menschenwürdiger Umgang mit den Geflüchteten, ein Ende der Politik „Festung Europa“ mit Tausenden Ertrunkenen im Mittelmeer und die vollständige Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft. Zweitens benötigen wir eine Politik der Abrüstung und Entspannung, des Abzugs der US-Atombomben von deutschem Boden und ein Ende von Rüstungsexporten und Rüstungsproduktion.

Das zwanzigjährige Desaster in Afghanistan zeigt deutlich: Es ist Zeit für ein neues Friedensprojekt Europa. Grundlage für eine überzeugende Friedenspolitik ist eine sozial-ökologische Weltinnenpolitik.

Raus aus der NATO

11. September 2001, New York und Washington: Terror-Angriffe verändern die Welt. Antisemiten, Islamisten und Nazis in aller Welt jubeln. Kriegstreiber des Westens sind nicht traurig. Trauer um die Opfer bei allen menschlich Fühlenden. Die Haupttäter sind rasch identifiziert. Mohammed Atta und Ziad Jarrah und andere 17 Selbstmordattentäter. Sie waren zumeist saudi-arabischer Staatsangehörigkeit. Erklärt wird uns: Gelenkt worden sei alles vom Al Qaida-Chef, dem saudischen Milliardär Osama bin Laden. Der sei von den Taliban in Afghanistan geduldet worden. Nicht ein Täter kam aus Afghanistan. Mittäter in den USA wurden erst gar nicht gesucht.

Warum wurden Afghanistan – und bald darauf der Irak – angegriffen? Warum wurde dafür der erste Bündnisfall der NATO ausgerufen? Das Konzept damaliger hoher US-Politiker wird heute kaum beachtet. Der Nachruf der *Süddeutschen Zeitung* auf Donald Rumsfeld (2.7.2021) ist erhellend. Die Rede ist dort von einem „Minister, der foltern ließ“, der Angriffskriege führte, „um US-Interessen mit Gewalt durchzusetzen“. Über die Reaktion des damaligen US-Vizepräsident Dick Cheney auf 9/11 wird in derselben Zeitung (12.8.2021) berichtet: „Er kam schon im Krisenraum, während alle anderen durchdrehten, auf die Idee, dass sich den USA durch diese Anschläge künftig durchaus attraktive Erdölperspektiven eröffnen könnten. Wofür nur eine klitzekleine kriegerische Umschichtung der Weltordnung notwendig sein könnte.“

Tatsächlich haben die USA und die Nato seit 9/11 unter dem Vorwand, den Terrorismus zu bekämpfen, den gesamten Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika mit Krieg überzogen. Terror? Es ging um Öl, Rohstoffe, Handelswege und Pipelines. Es ging um die Macht des Westens. Ein SPD-Minister sagte: Wir verteidigen die Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch. Eine Lüge! Verteidigt wurden die weltweiten kapitalistischen Interessen. Die Nato erwies sich als Instrument vor allem der USA. Heute muss klar gesagt werden: Raus aus der NATO. Schluss mit der „atlantischen Solidarität“.

Ulrich Sander, Bundesausschussmitglied der VVN-BdA

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser! Diese Ausgabe der *Zeitung gegen den Krieg* ist geprägt von den dramatischen Ereignissen in Afghanistan. Seit 20 Jahren argumentieren wir, dass es den USA, der Nato und der Bundeswehr am Hindukusch nicht um Terrorbekämpfung, sondern um Geopolitik geht. Siehe dazu weitere Beiträge in dieser Zeitung auf den Seiten 2 und 8. Diese ZgK-Ausgabe erscheint in Kooperation mit NaturFreunde Deutschland.

Die Redaktion

Afghanistan war nicht nur ein US-Krieg

Die Verantwortung von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen

Winfried Wolf

Seit Wochen herrscht in Deutschland Einigkeit: Der Afghanistan-Krieg war eine „Katastrophe“. Betont wird, dass es sich um einen US-Krieg handelte. Über die deutsche Verantwortung wird nicht diskutiert. Dabei war dies in starkem Maß auch ein deutscher Krieg. Zu diesem Thema Fragen und Antworten.

Frage Ist Deutschland in diesen Krieg nicht hineingerutscht? Stand Deutschland damals nicht unter massivem Druck der USA, wie das der damalige Kanzler Gerhard Schröder jüngst erneut betonte?
Antwort Der Deutsche Bundestag hat am 16. November und am 22. Dezember 2001 auf Antrag der SPD-Grünen-Regierung mit überwältigender Mehrheit für eine Beteiligung der Bundeswehr am Kriegseinsatz in Afghanistan gestimmt. Natürlich hätte der Bundestag auch mit „Nein“ stimmen können. Beziehungsweise die rot-grüne Regierung hätte erst gar keinen Antrag dieser Art stellen müssen. Siehe das entsprechende Nein ein Jahr später zu einer Beteiligung am Irak-Krieg. Es gab keinen „besonderen Druck aus den USA“. Vielmehr wollten die deutsche Regierung und die Bundeswehr-Militärs bei einem

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (Zgk) wird herausgegeben von Heike Hänsel Tübingen · Tobias Pflüger Tübingen · Ulrich Sander Dortmund · Laura von Wimmersperg Berlin · Winfried Wolf Michendorf. **Redaktion:** Reiner Braun & Winfried Wolf **Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.):** Winfried Wolf. Die Zgk erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter Stuttgart · Antikriegsforum Ludwigshafen · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Galerie Olga Benario Berlin · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (Parteiorgan).

Gestaltung & Layout Joachim Römer Köln

Redaktions- & Vertriebsadressen

Postanschrift BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf

E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de

Tel. 030 - 22 77 3179 (MdB-Büro H. Hänsel)

Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Kosten:

von 1 bis 99 Ex = 25 Cent je Exemplar

ab 100 Ex = 15 Cent je Exemplar

Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Kostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse

IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66

BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881



„richtigen Krieg dabei sein“. Nicht nur in der Luft, wie im Kosovo-Krieg 1999, sondern vor allem auch am Boden. Das äußert sich auch darin, dass seit gut einem Jahrzehnt im Verteidigungsministerium von der „Generation Einsatz“ schwadroniert wird. Gemeint sind die „wichtigen Erfahrungen“ der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Kriegseinsatz in Afghanistan.

Frage SPD und Grüne gelten eher als kritisch beim Thema Krieg; CDU/CSU und FDP eher als Kriegseinsätze bejahend. Spiegelte sich das bei Afghanistan wider?

Antwort In keiner Weise. Wie erwähnt hat Rot-Grün den Afghanistan-Einsatz im Bundestag beantragt. Peter Struck, SPD-Verteidigungsminister 2002 bis 2005, hat mit dem Satz „Unsere Sicherheit wird (auch) am Hindukusch verteidigt“ für die Bundeswehrebeteiligung getrommelt. Bei den Grünen gab es bei der entscheidenden Abstimmung am 22. Dezember 2001 keine einzige Nein-Stimme und nur vier Enthaltungen. Alle anderen Grünen-MdBs – also gut 90 Prozent – stimmten für den Kriegseinsatz – auch Christian Ströbele. Dabei waren zuvor die vier Enthaltungen zynisch noch so ausgeknobelt worden, dass die „Kanzler-Mehrheit“ von Schröder nicht gefährdet wurde.

Frage Je länger dieser 20jährige Krieg dauerte, desto deutlicher wurde dessen Sinnlosigkeit. Spiegelte sich das im Bundestag wider?

Antwort Kaum. Es gab mehr als ein Dutzend Afghanistan-Abstimmungen, meist zur Verlängerung des jeweiligen Bundeswehr-Einsatzes. Und es gab immer Mehrheiten von mehr als 75 Prozent für die Fortsetzung der Einsätze. Eine letzte Abstimmung fand am 13. März 2020 statt, als die Bundeswehr-Präsenz um ein weiteres Jahr verlängert wurde. Es stimmten 358 MdBs mit Ja und 160 mit Nein. Bei den Ja-Stimmen waren 17 Grünen-MdBs. Was in allen Afghanistan-Abstim-

mungen gleich blieb: Die PDS bzw. die LINKE stimmte geschlossen gegen alle diese Anträge.

Richtig ist, dass es in der Bevölkerung seit langem eine deutliche Mehrheit für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan gibt. Grob lässt sich sagen: In den letzten 15 Jahren stimmten immer gut zwei Drittel im Parlament für die fortgesetzte deutsche Beteiligung am Afghanistankrieg, während in der Bevölkerung rund zwei Drittel für einen sofortigen Abzug der deutschen Soldaten eintrat. Eine aufschlussreiche Kluft.

Frage War die deutsche Beteiligung nicht eher symbolisch?

Antwort Nein! Deutschland stellte mit zeitweilig 5400 Soldaten in der Regel das zweit- oder drittgrößte Kontingent in diesem westlichen Krieg. Zeitweilig hatte die Bundeswehr sogar das militärische Kommando – so 2003 zusammen mit den Niederlanden. Selbst bei den Kriegsverbrechen spielte Deutschland eine unrühmliche, maßgebliche Rolle; Stichwort Tanklastwagen-Massaker bei Kundus 2009 (siehe Seite 8).

Frage War es nicht gerechtfertigt, sich in Afghanistan für die Verteidigung von Menschenrechten und für Frauenrechte einzusetzen?

Antwort Dies ist eine Schutzbehauptung. Wenn es wirklich um einen Kampf zur Verteidigung der Menschenrechte gegangen wäre, dann müsste die Bundeswehr in Dutzenden Ländern eingesetzt werden. Beispiel Türkei: Dort werden die Menschenrechte flächendeckend verletzt; u.a. wird die große kurdische Bevölkerungsgruppe blutig unterdrückt. Beispiel Saudi Arabien: Dort gilt die Scharia. Elementare Rechte von Frauen werden verletzt; laut Amnesty werden in dem Land „Dutzende Menschen jedes Jahr hingerichtet, viele durch grausame öffentliche Enthauptungen.“² Auf diese Doppelmoral machte in jüngerer Zeit sogar die *Frankfurter*

Arabien andererseits. Nach Afghanistan entsandte Deutschland 20 Jahre lang Soldaten und investierte Milliarden, angeblich im Kampf für Menschenrechte. In die Türkei und nach Saudi Arabien versendet Deutschland Rüstungsgüter in Milliardenhöhe – und unterstützt damit die Unterdrückung der Menschenrechte. Im Übrigen wird in Deutschland an jedem dritten Tag eine Frau von einem Mann ermordet. Wir sollten vor der eigenen Tür kehren.

Anmerkungen

1 G. Schröder; Interview in: *Der Spiegel* vom 30. Juli 2021.

2 Amnesty-Bericht 2019.

3 Aus einem Interview mit Reinhard Erös, der seit 2002 vor Ort das Projekt „Kinderhilfe Afghanistan“ betreibt: „Dieses Recht [Scharia; d. Red.] hat [...] auch die Todesstrafe und die körperliche Verstümmelung. Wie übrigens identisch bei unseren ‚Freunden‘ in Saudi Arabien, wo nahezu jede Woche nach dem Freitagsgebet ein staatlicher Henker vor den Augen der Gottesdienstbesucher dem ‚Straftäter der Woche‘ mit einem Schwert den Kopf abhackt.“ (*FAZ* vom 18. August 2021).

Allgemeine Zeitung aufmerksam.³ Dabei gibt es einen bezeichnenden Unterschied zwischen Afghanistan einerseits und der Türkei und Saudi

+++ aktiv gegen krieg +++

Militärbasen und Umwelt

Militärbasis oder auch Militärstützpunkt ist ein permanent oder temporär militärisch genutztes Gebiet. Das können sein: Flughäfen, Waffenarsenale und -Depots, Truppenübungsplätze, Relais-Stationen, Raketenabschussrampen, Kasernen, aber auch Infrastruktur wie Krankenhäuser, Verwaltungen, Wohnsiedlungen.

Das Militär ist einer der größten Umweltverschmutzer und Klima-Aufheizer, Energieverbraucher und Ressourcenverschwender, sowohl bei Herstellung als auch Nutzung. Wer braucht schon Waffen und Atombomben? Davon kann kein Mensch satt werden.

Militärflugzeuge sind im Vergleich zu zivilen Fliegern um vieles lauter; sie fliegen tiefer. Nachtflugverbote gibt es kaum oder sie werden nicht eingehalten. Lärm hat massive gesundheitliche Auswirkungen, nicht nur Hörschäden und Tinnitus, sondern auch Konzentrations- und Schlafstörungen bis hin zu Herzproblemen. Durch Flugübungen und Luftbetankungen, Kerosinablass vor Landungen sind die Belastungen der Atemluft und der Böden enorm. Diese schädlichen Stoffe gelangen ins Grundwasser, Bäche und Flüsse, ebenso wie das nicht abbaubare PFAS (Per- und Polyfluoralkylsubstanz) aus Löschschäumen.

Militär benötigt riesige Flächen, die komplett versiegelt sind. Durch ihre martialischen Bauten, umgeben mit Stacheldraht, Dauerbeleuchtung und weiteren Sicherheitsvorkehrungen signalisieren sie Macht- und Herrschaftsansprüche, Aggression und Gewaltbereitschaft, die auch negative Auswirkungen auf die umliegenden Gemeinden haben. Militärbasen ziehen auch immer Prostitution und Sexindustrie an und steigern das Gewaltpotential in den Städten und Gemeinden.

Wenn die Bundeswehr sich jetzt als Naturschutz-Organisation generiert und stolz verkündet, dass „50% der Bundeswehr Übungsplatzfläche in Deutschland als FFH- und/oder Vogelschutzgebiet“ gemeldet sind, dann ist das zynisch und mehr als greenwashing. Was ist mit der anderen Hälfte der Gebiete?

Statt die Bundeswehr weiter und besser für neue Kriege aufzurüsten, sollte sie umgehend abrüsten, die Militärbasen schließen und für die Beseitigung der von ihr und ihren Partner-Armeen angerichteten Umweltschäden sorgen. Nach Renaturierungsmaßnahmen stünden diese als Erholungs- und Regenerationsflächen für Menschen, Tiere und Natur zur Verfügung. Das wäre ein sinnvoller Beitrag zu einer sozial ökologischen Transformation, die die CO₂-Emissionen runterfährt, regionale Kreisläufe stärkt und echte FFH-Schutzgebiete ausweist, in der auch wieder Landwirtschaft möglich ist und nicht nur, aufgrund von Schadstoffbelastungen, der Anbau von „Energiepflanzen“ statt Lebensmittel.

Nur eine radikale sozial ökologische Transformation kann das 1,5% Klimaziel erreichen, nur ein radikales Umdenken bringt uns unserem Ziel einer friedlichen und sozial-ökologisch gerechten Welt näher.

Kristine Karch, aktiv bei: Kampagne Stopp Air Base Ramstein,

+++ engagiert für den friedem +++

Interview mit **Sabine Schiffer** vom Institut für Medienverantwortung (IMV) in Berlin

Feindbild Russland



Am 25. September 2001 sprach der russische Präsident im Bundestag und alle Parteien zollten ihm Respekt. Warum ist das heute undenkbar?

Ja, ich erinnere mich an den bewegenden Moment, als Putin im Bundestag Deutsch sprach. Aber das Konzept deutsch-russischer Freundschaft passt wohl nicht in an Machtausübung geprägtes geostrategisches Denken. Wie sich das Bild Russlands seither verändert hat, kann man sehr gut in den Büchern von Gabriele Krone-Schmalz nachlesen. Mich interessiert vor allem die Frage, warum unsere Medien diese geopolitische Ausrichtung mitmachen, anstatt die Interessen aufzudecken.

Die Aufgabe der Medien wäre es ja, die Machtinteressen hinter den Themen aufzuzeigen. Stattdessen wird das Feindbild Russland beschworen.

Das ist allgemeiner Trend. Es wird von einigen Medienleuten auch kritisch hinterfragt, dass unsere Medienmachenden heute vor allem staatstragend sind, statt die staatlichen Gewalten zu kontrollieren. Zwar gibt es nicht „die Medien“, wenn auch eine große Konformität auszumachen ist, aber es gibt „den Nachrichtenfluss“. Ich stelle immer wieder die Frage, warum auch gute Recherche und Aufklärung in Reportagen und Magazinen nicht den Nachrichtenfluss tangieren. Das war in der Ukraine-Krise 2014 besonders auffällig und wurde ja sogar vom ARD-Programmbeirat moniert. Aber es ist genauso geblieben.

Würden Sie sagen, dass in den Medien ein Feindbild Russland bedient wird?

Der ARD-Programmbeirat hatte damals die Einseitigkeit in der Berichterstattung herausgearbeitet, bei der vor allem auf russische Interessen, Fehlentwicklungen und Propaganda hingewiesen wird, während versäumt wird, die eigenen Interessen, Fehlentwicklungen und auch Propaganda aufzudecken. Diese Selbstidealisation passiert ständig – zuletzt bei der Berichterstattung über die Überwachungssoftware PEGASUS, so als wäre deren Einsatz ein Spezifikum „autoritärer Staaten“. Der NSA-Skandal zeigt etwas ganz anderes. So ist es auch verfehlt, Desinformation nur bei Russland auszumachen. Nehmen wir als Beispiel die East StratCom Task Force des europäischen Auswärtigen Dienstes, ein ominöses Konstrukt „strategischer Kommunikation“ zum Thema behaupteter russischer Propaganda-Methoden. Von journalistischer Seite täte man gut daran, die Kooperation der EU mit der NATO zu hinterfragen. Ich sehe inzwischen auch die Gefahr einer Eskalation. Die gesamte Kommunikation ist darauf ausgerichtet. Gepusht werden Berichte über russische Militärmanöver, während das provokante Militärmanöver Defender 2021 vor den Küsten Russlands kaum Aufmerksamkeit erhält. NATO-Begriffe wie „hybride Kriegsführung“ werden unkritisch übernommen. Und ein Feindbild ist klar erkennbar, wenn eine Personalisierung des Bösen gelingt.

Wer würde schon zustimmen, das russische Volk anzugreifen, aber Wladimir Putin – das geht.

Die in Moskau Verantwortlichen eine westliche „Einkreisungspolitik“ gegenüber Russland.

Hier gäbe es das Potential eines Perspektivwechsels. Wenn wir nicht alle so darauf geeicht würden, dass jede Aussage, jedes Medium aus Russland uns zu manipulieren gedenkt, könnte man sich das anschauen aus Sicht aus dem Osten. Da breitet sich ja die NATO hin aus, bis in den Vorgärten.

Stichwort Gaspipeline Nord Stream II. Es heißt: Damit mache sich Deutschland von Russland abhängig und sei „erpressbar“.

Das ist das beste Beispiel für die Einseitigkeit der Argumentation, denn das gilt umgekehrt ja genauso – Stichwort: Fracking-Gas aus den USA. Dass bei all dem eine nachhaltige Ökologie keine Rolle spielt, ist zudem bezeichnend. Ich glaube, wir sind an einem Punkt, jede Politik kritisch zu hinterfragen: Wie ökologisch sind die Grünen? Wie viel Friedenspolitik steckt noch in der Linken? Denn alle scheinen mit Blick auf mögliche Regierungsverantwortung bereit, wichtige Wegmarken aufzugeben: Stichwort Waffenproduktion und Auslandseinsätze. Da gibt's keine Unterschiede.

Was ist aus Sicht einer Friedenspolitik entscheidend?

Eine Wirtschaft, die um jeden Preis auf Umsatz ausgerichtet ist, wird immer zerstören müssen, um neues Wirtschaftswachstum zu generieren. Da wir die Erde derzeit täglich drei Mal verbrauchen, ist absehbar, dass das nicht zukunftsfähig ist. Hier gibt es nichts zu verhandeln, sondern neue Modelle zu denken. Kürzlich hatte 3sat eine aufklärerische Sendung unter dem Titel „System Error – wie endet der Kapitalismus?“ Wir benötigen mehr Raum für radikal neue Ideen, wie sie beispielsweise in dem Kinofilm „Tomorrow“ aufgezeigt werden. Es muss doch möglich sein, die klugen Köpfe der Welt zu versammeln, damit diese auf Basis ihrer Analysen ein Wirtschaftsmodell ersinnen, das nicht in sinnloser und tödlicher Produktion degeneriert.

Sabine Schiffer leitet das unabhängige Institut für Medienverantwortung (IMV) in Berlin. Sie lehrt an der Hochschule für Medien Kommunikation und Wirtschaft in Frankfurt/Main. In ihrem Buch „Bildung und Medien“ forderte sie erstmals ein Schulfach Medienbildung, ihr Lehrbuch „Medienanalyse“ stellt das Handwerkszeug für die Analyse von Medienbeiträgen zusammen. Das IMV richtet sich an Medienschaffende und Mediennutzende, klärt über Darstellungsmechanismen, Medieninhalte und Produktionsbedingungen auf und bietet Medienbildung in Seminaren, Publikationen und Konzepten.

Zeitenwende

Antje Vollmer

Die Blühträume und die Euphorie der großen Zeitenwende von 1989/90 sind verfliegen.

Diese besagten im Wesentlichen, dass den Menschen glaubwürdig und dauerhaft ein gerechter Chancenausgleich, eine stabile Rechtsordnung, persönliche Freiheit, Friedenssicherung nach innen und außen gewährt und eine verlässliche soziale Daseinsvorsorge und gute Zukunftsaussichten für die nächste Generation garantiert würden. Die Frage, ob die westlichen Demokratien all dies noch für die Mehrheit ihrer Bevölkerungen leisten könnten, ist der Kern der Krise.

Alles hängt in diesem kritischen Moment davon ab, ob die politischen, intellektuellen und medialen Eliten der westlichen Demokratien noch zu einer umfassenden Selbstkritik mit entsprechenden Konsequenzen in der Lage sind. Sie müssen endlich erkennen, dass ihr Glücksversprechen stark den eigenen Interessen, den eigenen Freiheits- und Machtbedürfnissen verpflichtet war.

Besonders ärgerlich ist die fehlende Empathie gegenüber den gigantischen Problemen Russlands – immer noch ein Riesenreich, das in einer neuen Weltordnung einen angemessenen Platz sucht. Die Geschichte bietet wenige Vorbilder für gelungene Transformationen dieser Art. Wenigstens die Tatsache, dass Russland entscheidend war beim Zustandekommen der deutschen Wiedervereinigung und für den Gewaltverzicht in den Umbruchprozessen, hätte einen anderen Verlauf des deutsch-russischen Verhältnisses verdient gehabt.

Kooperative Beziehungen des Dialogs mit Russland sind ein Muss. Frieden in Europa gibt es nur mit Russland.

Kanonbootpolitik gegen China

Sevim Dagdelen

Nichts gelernt aus 20 Jahren Kriegsdesaster in Afghanistan – die Bundesregierung bleibt stramm im Kielwasser der US-Konfrontationspolitik und schickt jetzt auch noch deutsche Soldaten ins Südchinesische Meer. Seit dem 2. August ist die Bundeswehr-Fregatte „Bayern“ auf großer Fahrt in den Indopazifik, um provokative US-Kriegsübungen und die immer schärfer werdende Frontstellung gegen China zu flankieren. Zwischenstopp macht die „Bayern“ ausgerechnet auch auf Diego Garcia, der Hauptinsel des Chagos-Archipels im Indischen Ozean, wo die USA seit Jahrzehnten widerrechtlich eine Marine- und Luftwaffenbasis unterhalten, die eine zentrale Rolle etwa bei den US-Kriegen gegen den Irak oder in Afghanistan spielte. Mauritius wehrt sich seit Jahrzehnten gegen die 1965 völkerrechtswidrig erfolgte Abtrennung der Inselgruppe. Die Entsendung der Fregatte „Bayern“ ist mithin kein Beitrag zur Stärkung der Sicherheit im Indopazifik, wie die Bundesregierung behauptet. Vielmehr wird damit gegen Urteile des Internationalen Gerichtshofs und der UN-Generalversammlung eine widerrechtliche Besetzung unter US-Kommando unterstützt. Dazu passt das vollkommen unverantwortliche Säbelrasseln von Marine-Inspekteur Kay-Achim Schönbach, der deutsche Soldaten „raus aus der Komfortzone“ führen und auf neue Kriegseinsätze einstimmen will. Schönbach spricht von der „Refokussierung auf die Fähigkeit und den Willen zum Kampf“. Der Mann ist, wie seine Regierung, eine Gefahr für Sicherheit und Frieden. Höchste Zeit, die Kriegsparteien am 26. September abzuwählen.

US-amerikanische Atomwaffen in Büchel

Marion Küpker

Vor der Bundestagswahl müssen sich die potentiellen Regierungsparteien der Frage zur Anschaffung neuer Atomwaffenträger stellen. Die Voraussetzungen dafür laufen bereits: Die Regierung lässt den Fliegerhorst Büchel für 259 Millionen Euro die kommenden vier Jahre lang erneuern. Die Produktion der B61-12 Atombomben beginnt gerade in den USA. Angedacht ist seitens des Verteidigungsministeriums der Neukauf von 30 Boeing-Kampfflugzeugen von Boeing vom Typ F/A18 Super Hornet. Es sind Milliarden Euro, die in die Fähigkeit, einen Atomkrieg mitzuführen, „investiert“ werden.

Bis heute haben 55 Staaten den völkerrechtlich seit Januar gültigen Atomwaffen-Verbotsvertrag ratifiziert; 34 weitere Staaten haben ihn unterzeichnet. Unter ihnen ist jedoch kein einziger Atomwaffenstaat und kein einziges NATO-Mitgliedsland. Die Forderung, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten soll, unterstützen bereits 714 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen für den Frieden (Mayors for Peace), 623 Landtags-, Bundestags- und Europa-Abgeordnete, sowie über 115 Städte, die dem ICAN-Städteappell beigetreten sind. Wir stehen für den Willen von über 80 Prozent der Zivilbevölkerung, die laut Umfragen den Abzug der US-Atomwaffen und ein atomwaffenfreies Deutschland wünschen. Es ist höchste Zeit, dass Deutschland dem Atomwaffen-Verbotsvertrag beitrifft!

A. Vollmer war Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages · Sevim Dagdelen ist Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages · Marion Küpker ist Friedensreferentin beim deutschen Zweig des Versöhnungsbundes und Internationale Koordinatorin der DFG-VK für die Abschaffung von Atomwaffen. Infos (u.a. Wahlprüfsteine) siehe: <https://www.atomwaffenfrei.de/home/artikel/e5b538839afbcaeb6519642272ed6ca/deine-wahl-atomwaffenfrei.html> und www.nukefreeeurope.eu und www.buechel-atombombenfrei.de

Aggressive Manöver in wachsender Zahl

USA bereitet den Krieg gegen China vor

Ann Wright

Wir sind im Pazifik Zeuge einer enormen Aufrüstung des US-Militärs durch massive Militärübungen, bei denen es sich faktisch um Kriegsmanöver handelt, gerichtet gegen China.

Eine riesige US-Militärübung mit 17.000 Mann mit der Bezeichnung „Talisman Sabre“ fand im August in Australien statt und bereitet der australischen Bevölkerung Sorgen. Talisman Sabre 2021 umfasst amphibische Angriffe, die Bewegung von schweren Fahrzeugen, den Einsatz von scharfer Munition sowie den Einsatz von US-Atomsschiffen und atomwaffenfähigen Schiffen.

Seit Mitte Juli sind 25 Tarnkampenjäger vom Typ F-22 aus Hawaii und Alaska, 10 F-15-E-Strike Eagles und zwei Frachtflugzeuge vom Typ C-130J im Rahmen von „Pacific Iron 2021“ nach Guam und auf die Insel Tinian in den Nördlichen Marianen geflogen.

Nach Angaben des Pazifik-Luftwaffenkommandos in Honolulu werden bei „Iron Pacific 2021“ – ein weiteres Manöver – mehr als 35 Flugzeuge und 800 Mitarbeiter auf drei Flughäfen auf Guam und einem Flughafen auf Tinian im Einsatz sein.

Sodann fand Ende Juli auf Guam das Landkriegsmanöver „Forager 2021“ der US-Armee statt. 4.000 Angehörige des Ersten Korps der US-Armee sind beteiligt an der Operation der 82. Luftlandedivision, einer bilateralen Luftlandeoperation gemeinsam mit den japanischen Selbstverteidigungskräften, einer AH-64-Live-Feuerübung, Multibereichsoperationen einschließlich der Verlegung von Strykers, Avengers und hochmobilen Artillerieraketensystemen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie an Modernisierungsmaßnahmen in den Bereichen Weltraum und Cyberspace. Forager 2021 testet die Fähigkeit der Armee, Personal und Ausrüstung schnell zu



Flugzeugträger USS Roosevelt im südkinesischen Meer

verlegen, um „Macht im pazifischen Raum zu projizieren“.

Lisa Natividad, Professorin und Hauptorganisatorin der Guahan Coalition for Peace and Justice, sagte, dass „unsere Betonhäuser durch die Militärmanöver von Flugzeugen erschüttert werden, wie wir das noch nie erlebt haben. Guam wird von der Anzahl der Kriegsmanöver des US-Militärs, die auf unserem Land, im Meer und im Luftraum stattfinden, überwältigt. Die Militärmanöver sind so häufig, dass sie faktisch kontinuierlich stattfinden. Diese Übungen finden auf Guam und den gesamten Marianen sowie in zivilen Einrichtungen wie dem Flughafen und in Krankenhäusern statt. Die Zerstörung unseres Landes für den Bau und die Erweiterung von Militärstützpunkten ist herzerreißend und unterstreicht, dass wir als US-Territorium wirklich keine politischen Rechte oder Mitspracherechte bei Entscheidungen in unserem eigenen Heimatland haben.“

Wie die Zeitung *Stars and Stripes* berichtet, hat die US-Armee als Botschaft an China Patriot-Batterien im Pazifik verlegt und plant demnächst, das System auf Hawaii zu testen.

Ergänzend zu den US-Militärkräften kommen französische, niederländische, japanische, südkoreanische und australische Armee-

einheiten – insgesamt eine ganze Armada – hinzu, die im Südkinesischen Meer und in der Straße von Taiwan im Rahmen von „Freedom of Navigation“-Manövern patrouillieren. Der US-Flugzeugträger USS America und die zahlreichen in unmittelbarer Nähe fahrenden Sicherheitsschiffe sorgen für ein dichtes Gedränge im Südkinesischen Meer.

Der britische Flugzeugträger HMS Queen Elizabeth und die Carrier Strike Group der Royal Navy trafen im Juli 2021 verspätet bei den Manövern ein.

Mit der „westlichen“ Armada in den Gewässern vor China hat

auch die chinesische Marine ihre Schiffe in das Spiel gebracht. Die Trump-Administration verschärfte die Spannungen mit China, indem sie die ranghöchsten US-Beamten seit über 40 Jahren nach Taiwan entsandte, woraufhin die chinesische Regierung mit den größten Marineübungen ihrer Geschichte reagierte und zahlreiche Flüge mit bis zu 20 Flugzeugen an den Rand der Luftverteidigungszone Taiwans schickte.

Neu ist auch die folgende Strategie: General Kenneth Wilsbach, Befehlshaber der pazifischen Luftstreitkräfte, beschrieb diese neue

operative Strategie namens „agile combat environment“, bei der Luftstreitkräfte auf viele kleine Standorte verteilt werden: Das Ziel sei es, feindliche Hyperschallraketen, ballistische Raketen und Langstrecken-Marschflugkörper zu bekämpfen und so die Überlebensfähigkeit der US-Streitkräfte zu erhöhen, indem Vorposten auf kleinen Inseln eingerichtet werden, wo Flugzeuge aufgetankt werden können, anstatt sich auf große Stützpunkte zu verlassen, die leicht zu identifizieren und anzugreifen sind.

Die Liste der Aufrüstung einschließlich der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen lässt sich fast beliebig fortsetzen. Fatalerweise sind in der Region Asien und Pazifik auch im Fall der US-Regierung unter Joe Biden militärische Kriegsmanöver die vorherrschende Außenpolitik. Diplomatie ist nicht gefragt.

Ann Wright diente 29 Jahre in der US-Armee, zuletzt im Rang eines Colonel (Oberst). 16 Jahre arbeitete sie im diplomatischen Dienst u.a. in US-Botschaften in Nicaragua, Somalia, Usbekistan und Afghanistan. Sie trat im März 2003 aus den Diensten der US-Regierung aus – aufgrund ihrer Opposition zum Irak-Krieg.

Waffenbrüderschaft ist kein Friedensprojekt

Militärausgaben in der EU sind illegal. Aber in Milliarden-Höhe neue Praxis

Claudia Haydt

Ende April 2021 wurde im EU-Parlament endgültig beschlossen, was lange vorbereitet war: ein europäischer Aufrüstungsfond. Schon im Vormonat war eine sogenannte Europäische Friedensfazilität als Kriegskasse eingerichtet worden. Im Juli 2021 beschloss die EU einen weiteren Militäreinsatz, dieses Mal in Mosambik. Mit Schritten wie diesen entwickelt sich die Europäische Union immer mehr zu einer schlechten, gefährlichen und teuren Kopie der NATO. Was genau passiert und warum das überhaupt nichts mit einem Friedensprojekt zu tun hat, soll hier erläutert werden.

Eigentlich ist der Aufrüstungsfond ja illegal, denn Artikel 41 Absatz 2 des EU-Vertrages legt eindeutig fest, dass keine EU-Gelder für militärische Maßnahmen verwendet werden dürfen. Mit einem billigen Taschenspielertrick erklärte die EU-Kommission den „Verteidigungsfond“ zu einem Instrument der Wettbewerbsförderung im Kontext der Industriepolitik. Es handelt sich hier um eine Anschubfinanzierung für große neuartige Rüstungsprojekte der EU. Es geht um die Entwicklung angeblich „intelligenter“ Waffensysteme wie beispielsweise die Euro-Killerdrohne

oder die umstrittene neue Generation von Kampfflugzeugen, das Future Combat Air System (FCAS). Diese und weitere Waffensysteme setzen zunehmend auf Künstliche Intelligenz (KI), deren Entwicklung massiv mit Steuergeldern subventioniert wird.

Neben diversen nationalen Förderprogrammen fließen nun aus dem EU-Haushalt erstmals im großen Stil Mittel an Militär- und Rüstungsindustrie. Der Verteidigungsfond umfasst knapp acht Milliarden Euro in den Jahren 2021 bis 2027. Hinzu kommen 1,69 Milliarden Euro für die „Militärische Mobilität“ und 14,88 Milliarden Euro für militärisch relevante Weltraumprogramme.

Die Europäische Friedensfazilität (EFF) wurde außerhalb des offiziellen EU-Haushalts als Schattenhaushalt aufgestellt. Es geht um einen Betrag von rund 5,7 Milliarden Euro, mit dem bis zu 40 Prozent der Kosten von EU-Militäreinsätzen finanziert werden. Auch für Militäreinsätze „befreundeter“ Staaten kann die EFF herangezogen werden. Vor allem aber soll sie es ermöglichen, Waffenlieferungen an Drittstaaten zu finanzieren, die damit dann militärische Einsätze durchführen können.

Die Friedensfazilität ermöglicht

de facto Stellvertreterkriege. Zu diesem Konzept gehören entsprechend ausgebildete Soldaten in Drittländern (vor allem in Afrika), die nach der „Ertüchtigung“ im Rahmen von EU-Ausbildungsmissionen effizient einsatzbereit sein sollen. Wie gründlich solche Konzepte scheitern können, wird gerade am Beispiel Afghanistan sichtbar. Dennoch findet bei der EU kein Umdenken statt. Im Moment beginnt ein entsprechender Einsatz in Mosambik.

Dort wird auf Druck von Portugal nun der erste Einsatz aus der „Friedensfazilität“ finanziert. In diesem Rahmen soll eine mosambikanische schnelle Eingreiftruppe (QRF – Quick Reaction Force) von bis zu 1.500 Soldaten entstehen. An der dramatischen humanitären Situation wird dieser Einsatz nichts ändern. Er ermöglicht aber eine zumindest kurzfristige Absicherung europäischer wirtschaftlicher Interessen.

Was jetzt als Militärbündnis mit eigenen Militäreinheiten, einer Aufrüstungs- und Kriegskasse zum Vorschein tritt, wurde lange vorbereitet: 2007 erklärte sich die Europäische Union im Rahmen des Lissabon-Vertrags zum Militärbündnis. Seit Ende 2017 hat sich in der EU eine Koalition der Willigen

Fortsetzung auf Seite 5

+++ aktiv gegen krieg +++

Handeln für Frieden und Klima

Gerade erleben wir am Beispiel des gescheiterten Afghanistan-Krieges das Versagen von militärisch gestützter Sicherheitspolitik. Erinnern wir uns: Der Krieg begann am 07. Oktober 2001 mit dem Überfall auf Afghanistan durch die USA (Operation Enduring Freedom) Die Zahl der in Afghanistan getöteten Zivilpersonen beträgt nach Schätzungen des „Cost of War“-Projekts 238.000 Menschen. Der Krieg kostete bis jetzt zwei Billionen US-Dollar. Die aktuelle humanitäre Lage der Bevölkerung ist ein Desaster – rund 18 Millionen Menschen sind unterernährt. Wenn die Versorgung durch internationale Hilfsorganisationen beendet wird, werden viele von ihnen sterben.

Diese katastrophale Situation zeigt aus IPPNW-Sicht, dass ein Paradigmenwechsel von militärisch gestützter Sicherheit zu ziviler Sicherheitspolitik überfällig ist. Dass ein Umdenken möglich ist, hat im Januar das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags gezeigt – diesen haben sich die Zivilbevölkerung und Staaten des globalen Südens gegenüber den Mächtigen, Staatenlenkern und Atomwaffenbefürwortern erkämpft. Im Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen können wir den notwendigen Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik durchsetzen! Genauso wie wir entschlossen handeln müssen, wenn es um die Eindämmung der Klimakrise geht. Machen wir es also der Politik vor: Schaffen wir die Kooperationen und die Bündnisse, regional, national und international für unsere Zukunft, für den Frieden und für das Klima.

Angelika Claussen, IPPNW Co-Vorsitzende.

+++ engagiert für den Frieden +++

Es geht auch hier um Öl

Der Krieg zwischen Armenien und Aserbeidschan um Berg-Karabach

Birgit Malzahn

Rückblick in die 90er Jahre: Die Region Berg-Karabach ist eine Enklave in Aserbaidschan mit armenischer Bevölkerungsmehrheit. Völkerrechtlich gehört die Region zu Aserbaidschan. Mit dem Zerfall der Sowjetunion flammte der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan auf. Der Nationalismus erstarkte in beiden Ländern. Auf beiden Seiten kam es zu Gewaltexzessen und Vertreibungen. Der Konflikt eskalierte zum Krieg. Am Ende des Kriegs, 1994, waren 25.000-30.000 Tote zu beklagen. 13 Prozent des aserbaidschanischen Territoriums wurden von Armenien eingenommen. 520.000 Aserbaidschaner mussten ihre Heimat verlassen. Auf armenischer Seite mussten 350.000 Menschen fliehen.

Krieg und Waffenstillstand 2020

Die von Armenien besetzten Gebiete und die Geflüchteten, waren eine schwere Hypothek für den Frieden, die den neuen Krieg 2020 begünstig-



In Stepanakert, der Hauptstadt von Berg-Karabach, während des jüngsten Krieges

tigte. Zudem trug die Rolle der Türkei erheblich zur Eskalation bei. Ankara versucht seit Jahren, die Energieversorgung von russischem Erdgas unabhängig zu machen. Das zeigen ihr Engagement in Libyen, die Erkundungen im östlichen Mittelmeer und die großen Deals mit Baku deutlich. De facto ist die Türkei pleite, ihre letzten Geldgeber sind die Führung in Katar und ...

Aserbeidschan. Aserbaidschan ist in den letzten Jahren zu einem der größten Investoren in der Türkei aufgestiegen. Die Öllieferungen aus Baku übertrafen 2020 sogar die von Russland.

Nach Kriegseinsätzen im Irak, Syrien und Libyen unterstützte die Türkei Aserbaidschan im Krieg um Berg-Karabach mit Kampfdrohnen und dem Einsatz syrischer Söld-

ner. Aus Deutschland bekam die Türkei trotz ihrer Kriegspolitik 2019 Waffen im Wert von 345 Millionen Euro. Mehr als ein Drittel der gesamten deutschen Rüstungsexporte entfielen damit auf diejenigen in die Türkei.

Der sechswöchige Krieg im Jahr 2020 mit mehr als 6500 getöteten Menschen endete für Armenien mit einer schweren Niederlage. Aserbaidschan eroberte die 1994 von Armenien besetzten Regionen zurück, und zudem Gebiete in Berg-Karabach. Unter Vermittlung Russlands wurde in der Nacht zum 10. November 2020 ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Dieses führte in Armenien zu heftigen Protesten. Premierminister Paschinjan veranlasste am 20. Juni vorgezogene Parlamentswahlen, die er mit seiner Partei gewinnen konnte.

Teil des Waffenstillstandsabkommens ist, dass Russland mit rund 2000 Soldaten die umstrittenen Gebiete absichert. Dennoch kommt es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Das Abkommen sieht u.a. einen 5 km breiten Korridor im Bezirk Latschin vor, damit die armenische Enklave Berg-Karabach eine Verbindung zu Armenien behält. Im Gegenzug bekommt Aserbaidschan zu seiner Exklave Nachitschewan einen Korridor, der über armenisches Territorium verläuft. Damit wird eine Landverbindung von Aserbaidschan bis in die Türkei geschaffen, was neue Konflikte mit sich bringt.

Russland erweist sich in dem Konflikt als dominierende Ordnungsmacht. Aber auch die Nato versucht seit langem, ein Standbein in der Region zu halten. Aserbaidschan ist über das Bündnis der „Partnerschaft für den Frieden“ in die Nato-Strukturen eingebunden. Das Land war in der Vergangenheit an Kriegseinsätzen im Irak und im Kosovo beteiligt. Für Kampfeinsätze in Afghanistan hat Aserbaidschan dem US-Militär Stützpunkte zur Verfügung gestellt. Es war dort im Rahmen der ISAF auch mit eigenen Soldaten im Einsatz.

Nicht zuletzt sind die reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen im Kaspischen Meer von Ost und West begehrt. Sie tragen dazu bei, dass der Südkaukasus ein Brennpunkt bleibt.

Birgit Malzahn ist aktiv im Friedensforum Kassel.



„Future Combat Air System“ – Grafik: Airbus

Fortsetzung von Seite 4

im Rahmen von PESCo (offiziell übersetzt als: „Ständige strukturierte Zusammenarbeit“) zu mehr Aufrüstung und mehr Kriegsbereitschaft verpflichtet.

In aller Kürze seien im Folgenden sechs triftige Gründe vorgestellt, warum eine Militärunion und eine EU-Armee ein gefährlicher Irrweg sind:

1. Es wird nicht billiger, sondern sehr viel teurer. Ähnlich wie die NATO, hat sich auch die EU zur Einhaltung des 2-Prozent-Ziels verpflichtet. Damit würde nicht nur die EU zu einem mächtigen Militärbündnis werden, sondern auch Deutschland zum stärksten Akteur in diesem Bündnis.

2. Für die Militärunion gibt es keinen Parlamentsvorbehalt. Die EU-Verträge geben allein dem Rat die Möglichkeit, über den Einsatz des Militärs zu entscheiden. Die dort versammelten Verteidigungsminister repräsentieren die Exekutive, während die Legislative außen vor

bleibt. Es war eine der Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg, die Verfügungsgewalt über das Militär nicht mehr einzelnen Führern zu überlassen. Nun soll das im Zuge der Europäisierung über Bord geworfen werden.

3. Rüstungsprojekte, die in den Einzelstaaten nicht durchsetzbar sind, werden nun auf EU-Ebene umgesetzt. Die Eurodrohne ist Teil der insgesamt 46 laufenden Aufrüstungs- und Militarisierungsprojekte der EU. Sie wird von Anfang an bewaffnet geplant.

4. Die EU verstärkt die Konfrontation mit Russland. Zu den Aufrüstungsprojekten der EU gehört auch der Ausbau von Verkehrsinfrastruktur, die panzertauglich ist. Es ist pervers: Während sich die Grenzen für Menschen auch innerhalb der EU wieder schließen, wird die europaweite Freizügigkeit für Panzer ermöglicht.

5. Im Rahmen der EU-Militärpolitik werden zunehmend koloniale Interessen und koloniale Strukturen

wiederbelebt. In schlechter alter kolonialer Tradition werden ökonomische Interessen in Afrika militärisch abgesichert.

6. Je mehr die EU auf große gemeinsame Rüstungsprojekte setzt, umso mehr beharrt die Rüstungsindustrie auf schrankenlose Rüstungsexporte.

Hinzu kommen gefährliche Pläne für europäischen Atomwaffen und Konzepte für einen Kontinentenübergreifenden Großraum, den diese EU kontrollieren will. Während in vielen Kriegen mit europäischen Waffen gemordet wird, fehlen die Gelder, damit die UN in denselben Regionen vor Ort Hunger und Krankheiten umfassend bekämpfen kann. Statt Hochrüstung brauchen wir Abrüstung! Statt ins Militär müssen wir in die Bekämpfung von Hunger und Elend weltweit investieren!

Claudia Haydt ist Mitglied im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) und aktiv im Rahmen der Europäischen Linkspartei.

+++ aktiv gegen krieg +++

Das teuerste Rüstungsprojekt: der FCAS-Kampffjet

FCAS steht für „Future Combat Air System“ (Luftkampfsystem der Zukunft) und ist ein deutsch-französisch-spanisches Rüstungsprogramm und ein nuklearbombenfähiger Kampffjet. Die beteiligten Nationen planen die Fertigstellung für 2040, Prototypen sollen 2027 fertiggestellt sein. FCAS soll u.a. den Eurofighter, die Rafale sowie den Tornado-Nachfolger ersetzen.

Aktuell werden die Kosten für das FCAS-Programm auf insgesamt 100 Milliarden Euro bis 2040 geschätzt. Deutschland wird rund ein Drittel der Kosten übernehmen. Realistische Schätzungen gehen davon aus, dass das Gesamtsystem am Ende mehr als 300 Milliarden Euro Kosten verursacht – alles zu bezahlen aus Steuergeldern. Bislang haben auch viele SPD-Abgeordnete signalisiert, dem Koalitionsprojekt zustimmen zu wollen.

FCAS soll die allerneuesten Technologien der Kriegsführung vereinen. Dazu gehören autonome Drohnen, die als Begleitflugzeuge dienen aber auch als bewaffnete Drohnen eingesetzt werden können. Damit würden der Bundeswehr bewaffnungsfähige Drohnen zur Verfügung stehen. FCAS ist daher ein weiterer Schritt Richtung automatisierter Kriegsführung.

FCAS soll sowohl als Trägersystem für die französischen Atomwaffen dienen, als auch die Fähigkeit haben, mit den B61-Atombomben (siehe Kommentar zu Büchel S.3) bestückt zu werden. Die milliardenschwere FCAS-Produktion ist nur über – bereits fest eing geplante – Exporte (teilweise) refinanzierbar.

Eine länderübergreifende Studie im Auftrag von Greenpeace ergab: 73 Prozent der Befragten in Deutschland sprechen sich gegen länderübergreifende Rüstungsprojekte, die auch an kriegführende Staaten exportiert werden, aus. Unter den spanischen Befragten sind 69 Prozent dagegen, in Italien 76 Prozent, in Frankreich 59 Prozent. Bernhard Trautvetter ist Mitglied des Friedenspädagogischen Arbeitskreises der GEW NRW. Ihm wurde am 31. März auf dem Ostermarsch Rhein-Ruhr der Düsseldorfer Friedenspreis verliehen.

+++ engagiert für den friedem +++

Die Welt am Rande des Friedens Klimakrise – Kipppunkte – Krieg



Uwe Hixsch und Michael Müller

Unsere Zeit befindet sich in einem tiefen Umbruch. Nicht nur geostrategisch mit dem Auftreten neuer Supermächte, sondern auch durch den Zerfall bisher scheinbar gesicherter Konstanten. Wahrscheinlich werden wir erst in Zukunft verstehen, welche fundamentalen Umwälzungen heute stattfinden. Denn noch immer herrscht der Irrglaube vor, dass es mit einigen wenigen Änderungen wie der Umstellung auf Erneuerbare Energien oder dem Ende der industriellen Landwirtschaft so weitergehen könne wie bisher. Tatsächlich jedoch befindet sich die Welt am Rande des Friedens, weil sie die Dimension der auf die Menschheit zukommenden Gefahren nicht erkannt hat oder sie verdrängt. Und es gibt keine soziale und ökologische Weltinnenpolitik, aber eine zunehmende Militarisierung der Außenpolitik.

Das 21. Jahrhundert droht zu einem Jahrhundert der Gewalt und erbitterter Verteilungskämpfe zu werden. Heute bauen sich zwei Hochrisikofaktoren auf, die den sowieso nicht überall herrschenden Frieden weltweit gefährden.

Auf der einen Seite gibt es die neuen globalen Gefahren. Sehr viel schneller als wir uns das noch vor wenigen Jahren vorstellen konnten, steuern wir auf den verhängnisvollen Kipppunkt im Erdsystem zu, an dem das globale Zusammenspiel von Klimakrise, Ressourcenraub und Zerstörung der Biodiversität im Zusammenhang von Bevölkerungswachstum, sozialer Ungleichheit und nachholender Industrialisierung massive negative Synergien auslösen wird.

Auf der anderen Seite nimmt die Dynamik der Aufrüstung zu. Dabei sind es nur zehn Länder, auf die rund 75 Prozent der weltweiten Militärausgaben entfallen. Ein besonderes Gewicht erhält dabei die Perfektionierung der Atomwaffenarsenale und die Installierung neuer autonomer Waffen. Deutschland liegt weltweit bereits auf Platz 7 dieser traurig machenden Rangliste. In den letzten beiden Jahren hatte unser Land den höchsten prozentualen Zuwachs in dieser Spitzengruppe.

Die grundlegende Frage lautet: Was werden die reichen Klassen und

Regionen tun, wenn sich die Klimakrise zuspitzt und es in der Folge eine weltweite Radikalisierung, Wasserknappheit, den Zusammenbruch landwirtschaftlicher Systeme und gewaltige Migrationsströme gibt? Was werden sie tun, wenn klar wird, dass weitreichende Veränderungen notwendig sind?

Die Gefahren werden sich nämlich schon bald dramatisch verschärfen, wenn, wie absehbar, folgende Fakten weiterhin verdrängt werden:

Das Klimasystem hat eine zeitliche Anpassung von mehreren Jahrzehnten. Was seit den 1980er Jahren an Treibhausgasen freigesetzt wurde, schafft Verhältnisse, die erst in der Zukunft in ihrer ganzen Tragweite sichtbar werden. So werden wir noch in diesem Jahrzehnt eine CO₂-Konzentration in der Troposphäre von 430 ppm erreichen, so dass dann eine globale Erwärmung um 1,5 Grad Celsius – wenn auch zeitversetzt – erreicht ist. Und, wenn es nicht sofort zu einer

drastischen Senkung der Treibhausgase kommt, spätestens zwei Jahrzehnte später zu einer Erwärmung um 2 Grad Celsius. Schon vorher werden Kipppunkte erreicht werden wie das Absterben der Korallenriffe, die Veränderung des thermohalinen Windbandes über dem Atlantik oder ein Auftauen von Permafrost, die durch die Freisetzung von Kohlenstoff den Prozess des Klimawandels rasant beschleunigen können.

Die Klimakrise ist zwar ein globales Problem, aber die Folgen werden noch längere Zeit auf tragisch ungerechte Weise sozial, regional und zeitlich verteilt sein, wobei die Hauptverursacher in der Regel nicht die Hauptbetroffenen sein werden. Die geographische Trennung von Emissionsquelle und Umweltfolgen ist es, die ein solidarisches Handeln enorm erschweren. So ist das reichste 1 Prozent der Welt für 15 Prozent der Emissionen verantwortlich, während Afrika mit 18 Prozent der Erdbevölkerung insgesamt nur auf 3 Prozent kommt. Wenn der

reiche Teil der Erde versucht, sich in grünen Oasen des Wohlstands vom Rest der Welt abzuschotten, wird der Einsatz von Gewalt immer wahrscheinlicher.

Im Kern muss die Menschheit die ökologischen Grenzen des Wachstums beachten und von ihnen ausgehen. Das aber heißt, dass sich die Gestaltungs- und Verteilungsfrage völlig neu stellt. Dazu gehört auch eine notwendige Suffizienz, denn es wäre Selbstbetrug, die Verteilung der Chancen könne wie bisher durch wirtschaftliches Wachstum weitergehen. Nein, wir brauchen eine Welt, die weder Mangel noch Überfluss kennt.

Kriege fallen nicht vom Himmel. Die Ursachen liegen in ideologischen Kontroversen, wirtschaftlichen Interessen und ungelösten Konflikten. Oder wie es bei Antonio Gramsci hieß: „Alles hat ein Innen und ein Außen“. Wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen. Wir müssen die zunehmende Militarisierung der Welt beenden und uns

mit aller Kraft für eine Zivilisierung des internationalen Zusammenlebens und für die Entschärfung der vielfältigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Konflikte einsetzen.

2022 sind es 40 Jahre, dass der Bericht „Gemeinsame Sicherheit“ von Olof Palme vorgestellt wurde. Auch wenn er damals vor dem Hintergrund der in Ost und West geteilten Welt und der Bedrohung Europas durch Atomwaffen verfasst wurde, hat er nichts an Bedeutung verloren. Im Gegenteil: Die zusammenwachsende Welt braucht mehr Gemeinsamkeit, um das Unheil der Aufrüstung zu beenden und gemeinsam den Kampf gegen die Klimakrise, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, soziale Ungleichheit und Verletzung der Menschenrechte zu führen. Unsere Zeit braucht einen Palme Report II.

Michael Müller war Staatssekretär und SPD-MdB, er ist Vorsitzender der Naturfreunde. Uwe Hixsch ist Mitglied im Bundesvorstand der Naturfreunde

Jahrelang im Hochsicherheitsknast ohne Urteil

Justiz-Farce gegen Julian Assange

Heike Hänsel

Am 11. August fand in London die Vor-Anhörung vor dem britischen High Court of Justice in der Berufung der US-Regierung im Auslieferungsverfahren von WikiLeaks-Gründer Julian Assange statt. In diesem Stadium des Verfahrens tragen nun alle, Richter, Verteidiger und Anklägerin Perücken, allein dieser Anblick spiegelt die Absurdität des Verfahrens wider.

Also auch unter der Biden-Regierung arbeitet die US-Seite weiterhin mit allen Mitteln daran, dass Julian Assange ausgeliefert wird. Besonders brisant sind dabei die Erkenntnisse über den Hauptzeugen der USA bezüglich des Vorwurfs der Anstiftung zum Hacken, Sigurdur Thordarson. Dieser hat mittlerweile öffentlich zugegeben, dass er, angestiftet vom FBI, eine Falschaussage gegen Julian Assange gemacht

hat im Austausch für Immunität in einer Anklage bzgl. sexuellen Missbrauchs Minderjähriger. Dennoch wird der Prozess fortgesetzt. Die US-Seite versucht inzwischen, das Gutachten und die Integrität des medizinischen Gutachters anzugreifen, der diagnostizierte, dass Julian Assange im Falle einer Auslieferung an die USA selbstmordgefährdet wäre. Während die US-Anwälte selbst mit einem gekauften zweiseitigen Zeugen agieren, versuchen sie gleichzeitig den renommierten britischen Wissenschaftler und Neuropsychiater, Professor Michael Kopelman, der das Gutachten erstellt hat, zu diskreditieren.

Es ist der jüngste Schritt der US-Regierung, das britische Rechtssystem für die politische Verfolgung zu instrumentalisieren. Ziel dieses Missbrauchs der Justiz ist es, Assanges Fähigkeit, sich zu verteidigen, zu untergraben und den Prozess in die Länge zu ziehen. Damit bleibt

Assange jahrelang ohne Verurteilung und unter falschen Anschuldigungen im Gefängnis. Der „Prozess“ ist damit bereits Strafe. Es wird ein Exempel statuiert.

Es darf nicht vergessen werden: Julian Assange soll dafür bestraft werden, dass er seinen Job als Journalist gemacht hat. Er veröffentlichte wichtige Informationen, auf die die Öffentlichkeit ein Recht hatte und die schwerwiegende Verbrechen seitens der Regierungen und ihrer Geheimdienste offenbarten. Angesichts des aktuellen Afghanistan-Desasters sei an die Veröffentlichung der „Afghan War Diary“ durch Wikileaks 2010 erinnert, die die Brutalität der US-Truppen, allen voran der Spezialeinheit Task-Force 737, in Afghanistan beschreiben.

Wenn dieser Justiz-Farce nicht politisch ein Ende gesetzt wird, wird Julian Assange viele weitere Jahre ohne jegliche Verurteilung in einem Hochsicherheitsgefängnis

festgehalten und sein Leben bedroht werden. Verantwortlich dafür ist eine US-Regierung, die für zahllose Kriegsverbrechen nie zur Verantwortung gezogen wurde. Ob sich Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Besuch in Washington Mitte Juli für die Freilassung von Julian Assange eingesetzt hat, ist nicht bekannt. Aufgefordert dazu hatten sie 120 prominente Unterzeichner eines offenen Briefes, darunter Bundestagsabgeordnete, ehemalige Bundesminister, Künstler, Journalisten.

Deshalb bittet das Assange-Unterstützerteam weiter um finanzielle Hilfe für dessen Verteidigung: <https://www.crowdjustice.com/case/assangeappeal/>. Unterschreiben Sie den Genfer Aufruf zu Free Assange (<https://pressclub.ch/gva-freeassange/?lang=en>) und folgen Sie den vielen Aktionen über [@deacampaign](https://twitter.com/deacampaign) ua.

Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende Fraktion Die Linke im Bundestag

Erinnern und die Zukunft gestalten

Plädoyer für eine Politik der gemeinsamen Sicherheit

Peter Brandt und Reiner Braun

Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass wir in einer Zeit verschärfter Konfrontationen leben, in der sogar ein neuer großer Krieg möglich erscheint. Unsicherheit prägt mehr und mehr unser tägliches Leben. Die Aussage der Nobelpreisträger: Die Uhr steht auf 100 Sekunden vor 12, ist der prägnante Ausdruck dieser uns alle bedrohenden Gefahren. Mittel- und längerfristig droht das Klimadesaster, unmittelbar die auf der Erde vorhandenen 14.000 Atomwaffen.

Gibt es dazu eine Alternative, die gesellschaftlich und politisch – national und international – mehrheitsfähig ist, die hilft, das Überleben zu sichern und ein besseres Leben zu gewährleisten? Eine Strategie, die geschichtliche Erfahrungen mit Antworten auf aktuelle Herausforderungen verbindet? Im Atomzeitalter gilt der Satz buchstäblich, den unter anderem Willy Brandt formuliert hat: „Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts“!

Dieses politische Konzept ist die Politik der „gemeinsamen Sicherheit“ – sie ist konservativ und revolutionär zugleich.

Konservativ, weil sie nicht auf die Veränderung der Gesellschaftssysteme und der politischen Ordnungen der einzelnen Länder abzielt; sie akzeptiert Sozialismus und Kapitalismus, oder wie immer die Regierenden ihr System kennzeichnen. Sie anerkennt als existent und – in legitimer Weise – nur von Innen veränderbar die verschiedenen Varianten eines autoritären, liberalen und wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismus ebenso wie eine demokratische oder autoritäre Verfasstheit nichtkapitalistischer Staaten. Sie schafft auf diesem Weg überhaupt erst die Voraussetzung eines friedlichen Wettstreits dieser Systeme.

Sie ist revolutionär, weil sie Krieg als die Fortsetzung der Politik



mit anderen Mitteln ausschließt, weil sie damit diese mörderische Methode der Konfliktaustragung, die Hunderte Millionen Tote über Jahrtausende gekostet hat und die seit über 60 Jahren die Existenz der Menschheit schlechthin infrage stellt, nicht mehr zulässt. Oder, anders gesagt, die die Menschheit und den Planeten auf eine neue Stufe des Zusammenlebens hebt, die einen elementaren Humanismus zur Grundlage hätte.

Die Politik der gemeinsamen Sicherheit kann uns einem der großen Menschheitsräume näher bringen: eine Welt ohne Krieg! Wie viele Generationen haben immer wieder mutig, oft vergebens, unter großen Opfern dafür gestritten und gelitten.

Vor fast 40 Jahren wurde die gemeinsame Sicherheit in dem Olof-Palme-Report „Common Security Blueprint for Survivals“ von einer internationalen Expertengruppe als Konzeption formuliert; nächstes Jahr soll sie unter Beteiligung von IPB (International Peace Bureau)

und ITUC (Weltgewerkschaftsbund) fortgeschrieben werden.

Was sind Grundprinzipien dieses weiterhin aktuellen Konzepts?

Sicherheit kann im Atomzeitalter nicht alleine bzw. gegeneinander, sondern nur gemeinsam und partnerschaftlich geschaffen werden.

Krieg kann im Atomzeitalter kein Mittel der Politik mehr sein; alle Konflikte und Kontroversen müssen friedlich, im Dialog und durch Verhandlungen gelöst werden. Gewaltvolle Veränderungen von Grenzen, die Aneignung von Gebieten werden ausgeschlossen. Die staatliche Souveränität und übernationale Zusammenschlüsse bleiben unangetastet.

Kooperation ist die Grundlage für friedliches Zusammenleben. Diese muss sich in Schritten entwickeln und beinhaltet die Entwicklung von Vertrauen. Kooperation umfasst alle Ebenen: Ökonomie, Ökologie, Wissenschaft, Kultur, Sport. Konsultationen auf allen Ebenen und auch gemeinsame Krisenreaktionen gehören dazu.

Menschenrechte werden geachtet und ihre Verwirklichung wird im dialogischen Gespräch auch immer wieder angemahnt – und zwar von allen Seiten und bezogen auf alle Menschenrechte. Bürgerliche und soziale Menschenrechte sind kein Kampfinstrument in zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen, um den jeweils anderen als „Bösen“ abzustempeln.

Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sind unverzichtbar. Dazu gehören immer auch kleine erste Schritte der Demilitarisierung, der Entzerrung von Truppen und andere vertrauensbildende Maßnahmen wie Kontakte zwischen Militärs. Offenheit und Überprüfbarkeit von Maßnahmen sind unverzichtbar. Exklusive Militärbündnisse wie die NATO sind längerfristig entweder in bestehende inklusive Vernetzungen zu entmilitarisieren und vollständig neu zu gestalten (wie in Europa die OSZE) oder aufzulösen.

War die Politik der gemeinsa-

men Sicherheit ursprünglich ein euro-atlantisches Konzept, so ist sie heute ein globales und ein regionales für verschiedene Teile der Welt und unterschiedliche Konfliktzonen. Notwendig sind spezifische Konzepte für gemeinsame Sicherheitsstrategien für verschiedene Regionen dieser Welt, nicht nur für Europa, sondern z. B. auch für die koreanische Halbinsel, für den Pazifik und für das Südchinesische Meer.

Die Entspannungspolitik des 21. Jahrhunderts ist undenkbar – auch das ist eine Weiterentwicklung gegenüber Ansätzen aus den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts – ohne die Friedensbewegung als eine der großen, grenzüberschreitenden sozialen Bewegungen und ohne eine internationale Zivilgesellschaft. Sie sind der Motor für eine neue Entspannungspolitik, treiben diese Entwicklungen voran und sichern sie durch eine umfassende Diplomatie von unten ab.

Die Grundüberlegung des Olof-Palme-Reports ist ganz einfach: Meine Sicherheit ist nur gewährleistet, wenn auch die Sicherheit meines Gegenüber gewährleistet ist. Sicherheit gibt es nur im „Doppel-pack“.

Abrüstung – auch dies eine Lehre aus den 1970er und 1980er Jahren – ist die unabdingbare „Materialisierung“ der Entspannungspolitik. Deswegen ist Abrüstung absolut zentral. Sie kann durch einseitige, kalkulierte Schritte, besonders derer, die in der stärkeren Position sind, entscheidend vorangebracht werden. In der nördlichen Hemisphäre ist das die NATO.

Reiner Braun (International Peace Bureau) · Peter Brandt (Neue Entspannungspolitik Jetzt!). Beide Autoren gehören dem Arbeitsausschuss „Abrüsten statt Aufrüsten“ an.

+++ aktiv gegen krieg +++

Deutsch-Russische Friedenstage

Im September 2021 finden die Dritten Deutsch-Russischen Friedentage in Bremen statt. Der gleichnamige Verein wurde im Herbst 2019 gegründet und setzt sich für Verständigung und Freundschaft zwischen Deutschland und Russland ein. Im Rahmen dieser Friedenstage wird es eine Lesung von Rolf Becker zur Blockade von Leningrad geben. Weitere Veranstaltungen finden statt zur Ersten Russischen Kunstausstellung 1922 in Berlin und zur 16. Deutsch-Russischen Städtepartnerkonferenz im Juli 2021 im russischen Kaluga. Bremen hat bisher keine russische Partnerstadt. Das möchte der Verein ändern. Auf der politischen Ebene bestimmen zunehmend Vorwürfe und Sanktionen das Klima zwischen den beiden Ländern. Umso wichtiger ist der Dialog von unten. Urban diplomacy ermöglicht das gegenseitige Kennenlernen und verhindert das Entstehen alter beziehungsweise neuer Feindbilder. Schüler- und Auszubildendenaustausch, gemeinsame Projekte in Bereichen wie Sport, Musik, Kunst werden angestrebt. Angesichts der aktuellen Eiszeit zwischen den beiden Ländern ist die Zivilgesellschaft als Brückenbauer gefordert. Vom Bremer Senat erwartet der Verein, dass er sich für Frieden und Völkerfreundschaft und für eine Partnerschaft mit einer russischen Stadt einsetzt.

Barbara Heller

+++ engagiert für den Frieden +++

+++ aktiv gegen krieg +++

Warum liegt Freundschaft mit Russland in unserem Interesse?

Blickt man auf die Realitäten der Welt, so scheint eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage leicht: Ohne Russland lassen sich die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen – von Klimaschutz bis Terrorabwehr –, kaum bewältigen. Und ohne Russland wird Europa sich neben den wirtschaftlichen und politischen Kraftzentren USA und China kaum behaupten können.

Weshalb also gibt es keine Politik der Annäherung an Russland – weder der Europäer noch der Deutschen, die eine besondere Verantwortung für den Frieden in Europa tragen? Glaubt man tatsächlich noch an das „Ende der Geschichte“, an ein ewiges Friedenszeitalter, das mit der Verbreitung der eigenen Ordnung auf der ganzen Welt anbricht? Die großen Illusionen sind geplatzt. Die Gegensätze nehmen zu. Es wird Zeit für die kleinen, realistischen Schritte, die wieder zueinander führen und den Frieden sichern. Willy Brandt und Egon Bahr sind diese mit ihrer Ostpolitik gegangen. Viele Bürgerinnen und Bürger gehen sie heute. Im Deutsch-Russischen Forum erleben wir täglich, wie Deutsche und Russen in Städten und Gemeinden, in Vereinen und Organisationen gut zusammenarbeiten und Ausgleich und Verständigung erreichen. Es ist zu wünschen, dass die Politik endlich ihrem Beispiel folgt.

Martin Hoffmann ist Geschäftsführer des deutsch-russischen Forums

+++ engagiert für den Frieden +++

Selbst das soziale Elend entspricht dem aus der alten Taliban-Ära

Afghanistan – eine bittere Bilanz

Joachim Guilliard

Die kampflose Einnahme der afghanischen Hauptstadt durch die Taliban machte das ganze Ausmaß des Scheiterns der NATO, dem Land mit Gewalt ein pro-westliches Regime aufzuzwingen, deutlich. Es klingt wie Satire, wenn führende Politiker der NATO-Staaten nun die Regierung und Armee Afghanistans zu den Schuldigen erklären, sind diese doch ihre genuinen Geschöpfe. Ihr Rückhalt, wie der der gesamten NATO-Politik im Land, war offensichtlich äußerst gering.

Verloren hatte die NATO den Krieg schon längst. Die Taliban kontrollierten seit Jahren mehr als die Hälfte des Landes. Die vom Großteil der Bevölkerung als Besatzer wahrgenommenen NATO-Truppen waren überwiegend mit ihrem Selbstschutz beschäftigt. Für jeden deutschen Ausbilder von afghanischen Rekruten mussten beispielsweise, wie die FAZ (18.11.2020) berichtete, zum Schluss drei oder vier Leibwächter abgestellt werden, um zu verhindern, „dass die Schüler die Instrukteure ermorden.“

US-Präsident Joe Biden behauptet, Ziel des Einsatzes sei eigentlich nur die Beseitigung der von Afghanistan ausgehenden Terrorgefahr gewesen und dieses Ziel hätten sie erreicht. Tatsächlich hat sich infolge von Besatzung und des ausgeweiteten „Krieges gegen den Terror“ die Zahl militanter, islamistischer Organisationen und Kämpfer vervielfacht. Auch in afghanischen Gebieten operiert mittlerweile der „Islamische Staat“.

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer zog ebenfalls eine positive Bilanz. Schließlich habe sich u.a. die Bundeswehr im Kampf bewähren können. In diesem Punkt dürften ihr alle, die eine starke militärische Rolle Deutschlands anstreben, zustimmen. Deutsche Militäreinsätze im Ausland wurden wieder zur politischen Normalität und rund 100.000 deutsche Soldaten konnten in Afghanistan nach jahrzehntelanger Zurückhaltung wieder praktische Erfahrung sammeln, also „lernen, was Krieg wirklich ist“ so die FAZ am 14. April 2021.

Horrende Kosten

Die Gesamtkosten des Krieges belaufen sich nach den Berechnungen des „Costs of War Project“ an der Brown University in Boston allein für die USA auf 2.261 Milliarden Dollar. Sie enthalten neben dem offiziell dafür bereitgestellten Budget auch weitere kriegsbedingte staatliche Ausgaben und die bisherigen Versorgungskosten für Verwundete, Kriegsverwehrte und Veteranen. Analoge detaillierte Gesamtberechnungen für Deutschland gibt es leider nicht. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzte bereits im



Mai 2010, die gesamten Kosten bis Ende 2011, d.h. für die ersten 10 Jahre Krieg, auf 18 bis 33 Milliarden Euro.

Zu den Kriegskosten kommen noch Dutzende Milliarden, die hauptsächlich in den Aufbau neuer staatlicher Strukturen, die Armee und Sicherheitskräfte flossen. Ein beträchtlicher Teil davon ist spurlos versickert. Die verbliebenen Milliarden befeuerten, wie der Afghanistan-Experte Thomas Ruttig Ende April im *Tagesspiegel* erläuterte, „eine Warlord-Kaste, die die Hilfgelder aufsaugte und unter den Augen des NATO-Militärs mit Bestechung und Waffengewalt die neuen, demokratischen Institutionen kaperte.“ Das „Ergebnis des US/NATO-geführten Afghanistan-Einsatzes“ sei eine korrupte und kleptokratische Regierung in Kabul, die auf tönernen Füßen stehe – die jüngste Entwicklung gab ihm Recht.

Erschütternd sind die humanitären Kosten. Dem „Costs of War Project“ an der Boston University zufolge, das sich auf registrierte

Todesfälle stützt, starben in Afghanistan und Pakistan mindestens 165.000 Menschen in direkter Folge von Kriegshandlungen, über 47.000 davon Zivilisten. Die Autorinnen gehen aber von einem Vielfachen an indirekten Opfern aus. Die IPPNW-„Body Count“-Studie kam auf Basis von repräsentativen Mortalitätsstudien zum Schluss, dass die tatsächliche Zahl der zivilen Opfer in der Regel mindesten fünf- bis achtmal so hoch ist, wie die der registrierten. Wir müssen daher von über 800.000 Toten in Afghanistan ausgehen, 40.000 pro Jahr. Hinzu kommen eine noch weit höhere Zahl von Verwundeten und Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen.

Trotz der hehren humanitären Ziele, mit denen die ständige Fortsetzung des Krieges gerechtfertigt wurde, haben sich die Lebensverhältnisse der Bevölkerung unter der Besatzung sogar verschlechtert. 2017 lag der Bevölkerungsanteil, der unter der Armutsschwelle lebt, mit 54,5 Prozent auf dem Niveau vor dem Sturz der Taliban-Herrschaft

und ist seither noch gestiegen. Die Covid-19-Krise verschärft die Situation weiter. Hilfsorganisationen zufolge sind 13 Millionen Afghanen akut von Hunger bedroht.

Da in den vergangenen Jahren die Kämpfe zwischen den USA und den Taliban das größte Sicherheitsrisiko waren, wird das Land aus Sicht von Reinhard Erös, ehemaliger Oberst-arzt und langjähriger Entwicklungshelfer in Afghanistan, durch den Abzug sicherer werden, zumindest in den Regionen, die er kennt. Seine „Kinderhilfe Afghanistan“ betreibt seit 2002 im Osten des Landes, in den Hochburgen der Taliban, Krankenhäuser, Waisenhäuser und Schulen. Indem sie alle Projekte mit den religiösen Autoritäten und damit in gewisser Weise mit den Taliban abgesprochen hatten, konnten sie sie in den fast 20 Jahren ungestört durchführen.

Joachim Guilliard ist in der Friedensbewegung aktiv und freiberuflicher Autor mit dem Schwerpunkt Naher und Mittlerer Osten.

Der „Westen“ hat die Verantwortung

Karim Popal

In einem Land, in dem es seit 40 Jahren Krieg gibt, herrscht Waffenruhe. Im afghanischen Fernsehen äußern sich Menschen glücklich darüber, seit 48 Stunden keine Schüsse mehr gehört zu haben.

Die Regierungen der Präsidenten Karzai und Ghani bestanden aus verbrecherischen Warlord-Kommandanten. Kriegsverbrecher wie Dostum (Mörder von 8.500 unschuldigen Gefangenen) und Attar, Gouverneur von Mazar, der beste Freund der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der hunderte Millionen US-Dollar an Hilfgelder veruntreut hat, waren nie in der Lage, Frieden zu

schließen. In Afghanistan wurden Waffen aller Art getestet. Von der größten Bombe der Welt (Mutterbombe) bis hin zu den modernsten elektronischen Waffen. Wie viele Menschen in diesem Krieg gestorben sind, wie viele Afghanen ihr Land verlassen mussten, war dem Westen gleichgültig. Entgegen ihren Anfangsbehauptungen, für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu kämpfen, wurde das Gegenteil erreicht. Auch in den vergangenen 20 Jahren sind Frauenrechte mit Füßen getreten worden, Frauen wurden vergewaltigt, entführt, verkauft und zwangsverheiratet.

Auch viele Regierungsmitglieder haben ihre Frauen zur Ehe gezwungen. Dostum, einer der besten Freunde des Westens, hat

eine vierzehnjährige und mehrere männliche Kinder und Jugendliche vergewaltigt. Dafür ist er bekannt. Warum die westlichen Politiker diesen Verbrechern vertraut haben, bleibt ein Rätsel.

Kriegsverbrecher wie Attar, Dostum, weitere Regierungsmitglieder und Mujahedin-Kommandanten wurden Milliardäre. Präsident Ghani hat selbst bei der Geberländer-Konferenz 2020 in Genf eingestanden, dass 60 Prozent der internationalen Hilfsleistungen nicht im Budget von Afghanistan auftauchen. Gemessen an Hilfsleistungen in Höhe von rund einer Billion US-Dollar heißt das: Rund 600 Milliarden Dollar wurden von der korrupten Regierung, Warlords und Kriegskommandan-

ten veruntreut. Was den Taliban Mitte August innerhalb weniger Tage gelang, nämlich das gesamte Afghanistan von einer Zentralregierung aus zu regieren und in allen Provinzen den 40-jährigen Krieg für beendet zu erklären, ist dem Westen nie gelungen.

Dafür, dass die afghanische Bevölkerung nun unter einer islamischen Diktatur der Taliban leiden muss, sind die USA und der NATO mitverantwortlich.

Karim Popal ist Rechtsanwalt. Er ist in Afghanistan geboren und aufgewachsen und Mitglied der IALANA.